

Offener Brief der Vorsitzenden des ÖDKH, Raphaela Keller

Pressemitteilung von: **Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens**

Datum: **23.06.2009 – 15:51 Uhr**

Rubrik: **Gesellschaft**



(fair-NEWS) – Die Politik setzt vermehrt bildungspolitische Maßnahmen, die grundsätzlich zu begrüßen sind: beitragsfreier Kindergarten, bessere Sprachförderung, verpflichtendes Kindergartenjahr. KindergartenpädagogInnen müssen sich durch die quantitativen Maßnahmen auf differenziertere und auf mehr Förderarbeit einstellen. Gleichzeitig müssen die PädagogInnen mit weniger KollegInnen rechnen, weil dieser Beruf offenbar immer unattraktiver wird.

Die aktuelle Situation führt zwangsläufig zu Unzufriedenheit – sowohl bei den Eltern und Kinder, als auch bei den TrägerInnenorganisationen und insbesondere bei den MitarbeiterInnen der elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen.

Mehr Leistung – weiterhin wenig Lohn

Kindergarten- und HortpädagogInnen sind durch die aktuellen Bedingungen und Anforderungen zusätzlich gefordert, zu wenig darauf vorbereitet und erleben die inadäquate Bezahlung.

Aufgrund der Sachlage – verstärkter organisatorischer, administratorischer und vor allem individualpädagogischer Aufwand – liegen Unmutsäußerungen und Streikdrohungen auf der Hand.

Die Mitglieder des ÖDKH – Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen – stellen klar, dass Streik ein arbeitsrechtliches Mittel ist, das einer gewerkschaftlichen Initiative bedarf.

Wir wollen Wege gehen, die den MitarbeiterInnen nicht schaden, eine Kooperation ermöglichen, kommunikativ und prozessorientiert sind.

Wir fordern daher dringend:

– Kindergarten- und HortpädagogInnen müssen in planenden und umsetzenden Maßnahmen einbezogen sein.

– Um den Beruf (wieder) attraktiv zu machen, müssen sofort alle Gehälter mindestens auf

Grundschulniveau angehoben werden – inklusive Vorbereitungs-, Fortbildungs- und Regenerationszeiten.

– Änderung der Bundesverfassung

Das Bundesverfassungsgesetz muss dahingehend verändert werden, dass Kindergärten und Horte nicht mehr alleinige Landessache sind, sondern vielmehr die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache (Grundsatzgesetzgebung) und Landessache (Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung) ist und alle außerfamiliären elementare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen umfassen: also Kinderkrippen ebenso wie Tagesmütter-/väter/-eltern, Kindergärten, Kindergruppen u.s.w.

Für diesen Bereich sollte – unter Zugrundelegung der derzeitigen kompetenzrechtlichen Systematik – jedenfalls die Grundsatzgesetzgebung Bundessache sein, damit der Bund einen nationalen Bildungsplan mit Qualitätskriterien für die betroffenen Einrichtungen erstellen kann, der von den Ländern zu vollziehen ist.

Ohne Änderung der konkreten Rahmenbedingungen kann eine Neuordnung der außerfamiliären Bildungs- und Betreuungsarbeit nicht gelingen.

– Bundesweiter Bildungsplan

Um zu gewährleisten, dass in allen Kindergärten Österreichs ähnliche Bildungsangebote stattfinden, braucht es zudem einen bundesweit gültigen Bildungsplan, und zwar für den gesamten Bildungsweg vom Elementarbereich bis zur Oberstufe.

Der Kindergarten ist die erste Einrichtung in der Bildungsbiografie jedes Menschen und aus der Schnittstelle zur Schule sollte eine Nahtstelle werden.

– Bundesrahmengesetz

Qualitätsvolle Elementare Bildung braucht jedoch angemessene Rahmenbedingungen. Wir fordern daher ein Bundesrahmengesetz, in dem die Qualitätsstandards festgelegt sind.

Derzeit neun (!) unterschiedliche Gesetze der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnenorganisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung
- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung
- u.a.m.

Die Situation für Tagesmütter/-väter/-familien ist ähnlich gelagert.

– Rasche Investition in Forschung und Fortbildung

Die Fortbildung von KindergartenpädagogInnen ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Insbesondere wenn es gelingt, das Niveau der Ausbildung anzuheben, braucht es aber begleitend eine umfassende Fortbildungsinitiative.

Gleichzeitig ist die Forschung weiter auszubauen. Wir begrüßen den geplanten Lehrstuhl in Graz und auch Überlegungen im Rahmen der Pädagogischen Hochschulen der Elementarbildungsforschung einen höheren Stellenwert zu geben und damit das Bildungsniveau der MitarbeiterInnen ebenso nachhaltig zu sichern wie sicherzustellen, dass fundierte Entwicklung auf allen Gebieten der Elementarbildung gewährleistet ist.

Sofortmaßnahmen dringend erforderlich

Wir sind uns bewusst, dass diese Regelungen nicht von heute auf morgen erfolgen können. Wir fordern daher alle VerantwortungsträgerInnen in Gemeinden und Ländern folgende Veränderungen in einem ersten Schritt dringend in Angriff zu nehmen:

- 1) Reduzierung der Gruppengröße (je nach Alter der Kinder von 14 – 20)
- 2) Mindestens 2 Fachkräften pro Gruppe und
- 3) Mehr Vorbereitungsstunden.
- 4) Freistellung für kostenlose einschlägige Fort- und Weiterbildung

Für alle neu anstehenden Aufgaben – Sprachförderung, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr – braucht es Weiterbildungsangebote und die stärkere Einbindung von Personen mit anderer Muttersprache.

Wir fordern Ministerin Schmied und Minister Hahn auf, die Veränderung der Ausbildung zügig voran zu treiben und

- die gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe sowie
 - ein einheitliches Dienstrecht für alle Pädagogischen Berufe
- rasch umzusetzen. Die 5-jährige Ausbildung im Sekundarbereich ist für die berufliche Qualifikation absolut unzureichend und führt national und international in eine Sackgasse.

All diese Forderungen brauchen zur Umsetzung im ersten Schritt ein klares politisches Bekenntnis und den politischen Willen, den Kindergarten auf eine Stufe mit allen anderen Bildungseinrichtungen zu stellen.

Nicht zuletzt – wie im Regierungsprogramm dargestellt – im Sinne der Konjunkturbelebung und nachhaltiger Maßnahmen zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Und im zweiten Schritt die Zusammenarbeit aller damit befassten Regierungsstellen im Bund und in den Ländern gemeinsam mit den SozialpartnerInnen, den betroffenen TrägerInnenorganisationen, MitarbeiterInnen und ExpertInnen.

Der offensichtliche Mangel an Kommunikation und Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen – vier Ministerien, neun Länder, unterschiedlichste TrägerInneneinrichtungen und Interessensvertretungen – lässt die begrüßenswerten Ansätze an verschiedenen Bereichen scheitern.

Es müssen neue Wege der Information und Kommunikation gefunden werden!

Wenn dies nicht schnell passiert, werden Eltern und PädagogInnen weiterhin verunsichert und desillusioniert. Eine große Chance, den Elementarbereich endlich bundesweit als Bildungsbereich zu verankern, wird vertan!

· Homepage: www-oedkh.at

· **Kontakt**

Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens
Thaliastr. 130/12
1160 Wien
Österreich
Telefon: +43 (699) 19220503

· **Pressekontakt**

Raphaela Keller
Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens
Thaliastr. 130/12
1160 Wien

Telefon: +43 (699) 19220503

E-Mail: office@bkhw.at

Internet: www.bkhw.at

• **Unternehmensinfo**

Der Österreichische Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen wurde im Jahr 1994 gegründet.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, entstanden durch den Zusammenschluss der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen aus den Bundesländern.

Das Ziel ist eine überparteiliche und überkonfessionelle Berufsgruppe von PädagogInnen für Kindergarten und Hort österreichweit.

Wir vertreten einerseits die Interessen der Berufsgruppen, andererseits engagieren wir uns für die Rechte der Kinder.

Der **Link** zu dieser Meldung: <http://24pr.de/u/v1dh>